

# Ökonomie als Mentorin ungleichheitsfördernder Politik? Für ein Bilderverbot in der Ökonomie

*Ökonomische Urteile stehen in einem historischen und sozialen Kontext und reflektieren immer auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Macht, Werte und Interessen.*

## Neoliberale Menschenbilder in der Ökonomie

Für den liberalen Ökonomen und Nobelpreisträger Friedrich August Hayek war die Diagnose eindeutig: *„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. Gerade die Unterschiede in der Entlohnung sind es, die den einzelnen dazu bringen, das zu tun, was das Sozialprodukt erst entstehen lässt. Durch Umverteilung lähmen wir diesen Signalapparat. Diejenigen, die die Reichen attackieren, vergessen, dass die meisten von ihnen im Verlaufe des Reichwerdens Arbeitsplätze schufen und so mehr Leuten geholfen haben, als wenn sie ihr Geld den Armen gegeben hätten“* (Hayek 1981).

Sein Menschenbild changiert stillschweigend zwischen dem eines tüchtigen Unternehmers und eines bedürftigen Arbeitssuchenden. Die Argumentation muss inkohärent bleiben. Denn das geläufige Diktum, die Reichen müssten reicher werden (sonst investieren sie nicht) und die Armen müssten ärmer werden (sonst arbeiten sie nicht), operiert mit unterschiedlichen Verhaltensannahmen von Armen und Reichen. Während für das Glück der Vielen ein – zumeist schlecht bezahlter – Arbeitsplatz genügen soll, bedarf es bei den Erfolgreichen massiver monetärer Anreize bei der Entlohnung. Für diese divergierenden Arm–Reich-Menschenbilder beim Thema der Ungleichheit gibt es keine rationale Begründung.

*„Das Thema Gerechtigkeit wird bei uns leider völlig falsch diskutiert. Den Armen und Schwachen zu helfen ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit. Gerechtigkeit ist aber vor allem Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit, nicht Gleichheit im Ergebnis. Wir aber schauen immer nur auf die Verteilung. Dabei lässt sich doch nur verteilen, was zuvor erarbeitet wurde. Und damit möglichst viel erarbeitet, also der zu verteilende Kuchen möglichst groß wird, muss sich Leistung lohnen“* meint Herr Josef Ackermann, CEO der Deutschen Bank. Wieder stößt man auf ein widersprüchliches Menschenbild. Für die einen (vermutlich Leute wie Ackermann) muss sich Leistung lohnen, die anderen

sollen sich hingegen begnügen bzw. leisten eben nichts, denn sonst wäre die Einkommensungleichheit ja nicht so groß.

## Ungleichheit in der Ökonomie

Für die Soziologie ist soziale Ungleichheit ein Schlüsselthema, die Frage nach dem Ursprung der Ungleichheit war historisch sogar die erste Fragestellung der soziologischen Wissenschaft (Rehberg 2006). In der ökonomischen Literatur ist das Interesse am Ungleichheitsthema hingegen diffuser und heterogener.

Manche Ökonominen – wie etwa Martin Feldstein – meinen, dass Ungleichheit gar kein Thema für die Ökonomie sei. Armut ja, aber Ungleichheit nicht, denn eine bestimmte Einkommensungleichheit wäre als Leistungsanreiz unvermeidlich, da sonst die individuellen Anstrengungen reduziert würden. Sollten also alle etwas dazubekommen, läge doch offensichtlich kein Problem vor, da ja auch die Armen besser gestellt wären.

Der übliche ökonomische Befund lautet demnach, Ungleichheiten sind gerechtfertigt, wenn sie zum Wohlstand einer Gesellschaft beitragen. Solange Ungleichheiten zu Wirtschaftswachstum führen, seien sie sogar wünschenswert. Der amerikanische Philosoph John Rawls hat diese Sicht eingeschränkt. Ungleichheiten seien nur dann gerecht, wenn sie die Lage der Armen verbessern. Eine Anhebung des durchschnittlichen Wohlstands einer Gesellschaft reiche nicht aus, denn die Vorteile der Ungleichheit müssen den Bedürftigen zukommen.

Ökonominen interessieren sich vorrangig für den Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum. Ungleichheit sei schlecht für Wachstum, betonte die Weltbank nun in ihrem Weltentwicklungsbericht 2006. Dies ist eine relativ neue Position in der ökonomischen Wissenschaft. Damit bleibt Gleichheit trotzdem einem instrumentellen Verständnis verhaftet und wird nicht intrinsisch, als Wert an sich, begründet.

Soziale Ungleichheit ist in weit geringerem Ausmaß ökonomisch erforscht als Armut. Bei Ungleichheitsfragen ist auch die methodische Problematik anders gelagert (Jenkins/Micklewright 2007). Verglichen werden müssten Armut mit Reichtum, Inklusion mit Exklusion, Überfluss mit

**Martin Schürz**  
ist tätig in der Abteilung  
Geldpolitik,  
makroökonomische  
Finanzmarktanalyse,  
finanzielle  
Allgemeinbildung der  
Oesterreichischen  
Nationalbank (OeNB) -  
Abteilung für  
volkswirtschaftliche  
Analysen in Wien

Für wertvolle  
Kommentare danke ich  
Martina Kargl

Mangel, Privilegien mit Benachteiligungen. Damit eine solche Zusammenschau gelingt, wäre ein theoretisches Konzept unumgänglich.

Es gibt zwar seit kurzem eine Vielzahl von methodischen Studien zur Messung von Ungleichheit und den damit einhergehenden Datenproblemen (für einen Überblick siehe Milanovic 2004). Soziale Ungleichheit bleibt aber schwer zu bestimmen. Welche Dimensionen (Einkommen, Vermögen, Gesundheit, Lebenschancen, ...) sollen herangezogen werden?

Einkommen ist nicht nur eine Ressource für Ausgaben, sondern auch gesellschaftlicher Maßstab von Anerkennung. Und Ungleichheit ist verwoben mit Fragen der Achtung und des Respekts. Zumeist liegt der Fokus in der ökonomischen Analyse dateninduziert auf Einkommensungleichheit. Vermögensungleichheit wird erst in letzter Zeit aufgrund des Vorhandenseins von Haushaltsbefragungen verstärkt analysiert.

Seit langem wird Kritik am Menschenbild des rationalen, nutzenmaximierenden homo oeconomicus geübt. Es sei unrealistisch und einseitig. Die Bedeutung von sozialen Normen für ökonomische Entscheidungen wurde vernachlässigt.

Wie die Naturwissenschaften haben die Sozialwissenschaften ein Interesse, Gesetze zu formulieren, die Prognosen ermöglichen. Eine strikte Trennung von Subjekt und Objekt, wie sie die Naturwissenschaften kennzeichnet, ist jedoch nicht möglich. Die Volkswirtschaftslehre hat jene soziale Welt zum Gegenstand, an der sie selbst Anteil nimmt. Objektivität in der Ökonomie kann daher nur in Abhängigkeit von den erkenntnisleitenden Interessen konzeptualisiert werden.

Eine auf sich selbst fixierte Ökonomie vernachlässigt aber die Analyse sozialer Prozesse. Ihr Kennzeichen ist ein mathematischer Formalismus. Es wird nicht einmal versucht, die Oberflächenphänomene des Kapitalismus zu dechiffrieren. Fragen nach der Bedeutung von Forschungsergebnissen für die soziale Wirklichkeit werden zurückgewiesen oder durch ad hoc Überzeugungen ersetzt. Die modellierten Individuen haben nichts mit realen Menschen zu tun, und die Beurteilungskriterien des wissenschaftlichen Erfolgs sind im methodischen Feld zu verorten und nicht in der Verbesserung der Lebenssituation armer Menschen oder der Reduktion von Ungleichheit.

Der akademische Wettbewerb führt auch dazu, dass orthodoxe, also die vor-

herrschende Forschung kritisiert werden kann. Die kritische Bezugnahme auf die orthodoxe Ökonomie – und nicht auf Fragen der sozialen Wirklichkeit – wird oft mit einer angeblich notwendigen „Anschlussfähigkeit“ im wissenschaftlichen Diskurs begründet. Man könne sonst nicht mit den KollegInnen kommunizieren. Ein Anschluss ist jedoch stets nur für jene interessant, die dasselbe Spiel des mit Prestige verbundenen wissenschaftlichen Wettbewerbs spielen wollen. Merkmal dieser kritischen ökonomischen Variante ist der Mangel an Distanz zum Spiel. Eine Kritik am neoklassischen Menschenbild etwa ist auch nur methodischer Natur.

### **Pluralisierung der Ökonomie?**

Die gegenwärtige Mainstream-Ökonomie hat meines Erachtens kein einheitliches Menschenbild. Es taucht eine Vielzahl von Bildern in spieltheoretischen und verhaltensökonomischen Arbeiten auf. Diese reichen von Egoismus, Altruismus, Kooperation, Solidarität über Empathie bis zu Habgier. Meist werden die Begriffe in Dichotomien gepresst. Gegenwärtig boomen Forschungsrichtungen wie Verhaltensökonomie, Kulturökonomie und Glücksforschung. Diese dehnen ihr wissenschaftliches Untersuchungsfeld auf alltägliche menschliche Verhaltensweisen aus. Die Modellwelt von monadenhaften Individuen, die vollständig informiert sind und dann rational ihre Eigeninteressen zu maximieren suchen, wird verlassen und sogar Gesellschaft gerät in einer eingeschränkten Weise in den Blickpunkt. In Experimenten wird eine Ungleichheitsaversion der Menschen festgestellt und dass Glück nicht mit großer Ungleichheit zusammengehe. Der methodische Zugang über eine vertraute alltägliche Welt erleichtert dann eine breite mediale Rezeption und ermöglicht quasi en passant die Kritik herrschender Dogmen (wie jene von Nutzenmaximierung und Rationalität). Doch ist mit diesem Befund bereits ein emanzipatorischer Schritt gesetzt?

Die ProponentInnen der verhaltensökonomischen Forschungsrichtung können, wenigstens forschungsimmanent, nicht beanspruchen, einen besonderen Spürsinn für soziale Relevanz zu haben. Es werden ja nur Alltagsbeobachtungen in formalisierter Weise dargestellt. Die Gefahr besteht, sich in der unendlichen Weite des menschlichen Verhaltens zu verlieren. Gewiss, Menschen gewinnen ihr Glück eher über Familie, Sex und Freundschaften als über Geld. Mit der wesentlichen Einschränkung: dann, wenn sie schon ein bestimmtes Einkommensniveau haben. Und dies ist eine

Verschiebung von den monetären Nutzen maximierenden Individuen der neoklassischen Welt zu den vielfältigen Verhaltensformen der Menschen, die beanspruchen mag, realistischer zu sein. Menschen haben Vorstellungen von Gerechtigkeit, und erfahren Ungleichheit als Ungerechtigkeit. Doch dies sind keine zureichenden Charakteristika, die Gesellschaft anhand gerade dieser individuellen Merkmale zu definieren. Es erfolgt eben keine theoretische Konzeptualisierung dieser Verhaltensstrukturen wie etwa im soziologischen Konzept von Bourdieu, welcher das Ensemble an Denkschemata, moralischen Standards und Verhaltensgewohnheiten als Habitus zu konzeptualisieren gesucht hat (Schürz 2008). Die soziale Wirklichkeit in der Verhaltensökonomie erscheint eher wie eine unübersichtliche Menge an unverknüpften Daten und Diskursen.

### **Für eine normative Ökonomie**

Eine gängige Position lautet weiterhin, es gebe das Geschäft der ökonomischen Wissenschaft und dieses folge Regeln, denen alle Beteiligten zustimmen können. Daneben ist gesellschaftspolitisches Engagement gegen soziale Ungleichheit möglich. Zu einer Ungleichheit, die als ungerecht empfunden wird, kann eine persönliche, quasi private Meinung vertreten werden, die sich zumeist in einer vagen normativen Beurteilung der Ungleichheit groß, übermäßig groß oder steigend erschöpft. Implizit arbeitet diese Variante mit einem positivistischen Wissenschaftsverständnis. Sie glaubt, dass Werte und Fakten säuberlich voneinander getrennt werden können. Die Welt der Fakten wäre die gemeinsame Basis für wissenschaftliche Diskussionen. Die Werte würde man privat leben und ein wenig vielleicht bei der ökonomischen Themenauswahl. Die ökonomische Wissenschaft ist eine Disziplin, die explizite Werte zu vermeiden sucht. Implizite Werte ließen sich leicht identifizieren. Welche Themen überhaupt wahrgenommen und bearbeitet werden, welche ökonomischen Aspekte zum Problem werden, hat viel mit Wertungen zu tun. Allein dies zu explizieren würde eine Reflexion auf die eigene Disziplin erfordern. Epistemische Werte wie Kohärenz der Gedankenführung und Konsistenz der Argumentation werden als Quasi-Fakten akzeptiert. Dann ist aber zu fragen, warum epistemische Werte akzeptiert und moralische und politische Werte abgelehnt werden.

Halten wir an der aristotelischen Bestimmung des Menschen als eines *zoon politikon* fest, so kann die Dichotomie zwischen wertfreier ökonomischer Fachtätigkeit und

wertenden politischen Überzeugungen nicht überzeugen. Im Gegensatz zum Fachidioten: „idiotes“ ist im griechischen: ein Privater, der nur seine „idia“, seine eigenen Interessen verfolgt. Doch der politische Mensch ist in seinem Beruf als ÖkonomIn nicht wertfrei. Werte müssen auch gar nicht vermieden werden. Wichtig ist es nur, sie in der Arbeit stets auszuweisen. Die Klassen- und geschlechtsspezifisch geprägten dominierenden Wertorientierungen, seien es Perspektiven auf Staatsaufgaben, Meinungen zur Reichtumsakkumulation oder wirtschaftspolitische Prioritäten, würden dann offengelegt werden. Und oft wäre die heimliche Verbindung von Ideologie und faktenorientierter Forschung einsehbar.

### **Konturen einer gesellschaftskritischen Ökonomie**

Aus einer emanzipatorischen Sicht krankt die vorherrschende Ökonomie vor allem daran, dass sie mit einer ungleichen Welt so einverstanden ist. Gesellschaftskritische Ökonomie analysiert die soziale Wirklichkeit aus einer emanzipatorischen Perspektive. Sie setzt an den Paradoxien der kapitalistischen Verhältnisse an und untersucht die Formen von Macht und Herrschaft. Durch diese emanzipatorische Perspektive sind gesellschaftskritische ÖkonomInnen parteiisch. Das heißt jedoch nicht, dass sie ihre Untersuchungen unter das Primat des normativ gewünschten Ergebnisses stellen.

Wichtig ist gesellschaftskritische Ökonomie, indem sie aufzeigt, inwiefern gesellschaftliche AkteurInnen von bestimmten ökonomischen Themen betroffen sind. Dies würde es erleichtern, verschiedene Topoi einer demokratischen Entscheidung zuzuführen, die bislang von ExpertInnen vor öffentlicher Kritik immunisiert wurden. Weil gesellschaftskritische Ökonomie explizit normativ orientiert ist, erleichtert sie eine normenorientierte Befragung der ökonomischen Disziplin hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit. Gesellschaftskritische WirtschaftsexpertInnen können ihre gesellschaftspolitischen Interessen benennen, sind in sozialen Auseinandersetzungen parteiisch und entwickeln ihre ökonomischen Argumente entlang der verschiedenen Ausformungen gesellschaftlichen Leids.

Gesellschaftskritische Ökonomie folgt insofern Wissenschaftsvorstellungen des Pragmatismus, da sie dem demokratischen Charakter der wissenschaftlichen Produktion einen hohen Stellenwert beimisst. Zu selten wird überhaupt die Möglichkeit erwähnt, dass der „einfache Mensch von

der Straße“, der vorgebliche Souverän in der Demokratie, die Agenda der ökonomischen Forschung bestimmen könnte. Nach pragmatischer Auffassung ist Wissenschaft erfolgreich, wenn sie demokratisch organisiert ist. Und Erfolg wird als soziale Nützlichkeit verstanden. Ökonomischen Forschungsfragen von öffentlichen Institutionen wären gegenüber allen Betroffenen zu legitimieren.

Gesellschaftskritische Ökonomie bleibt ihrer Natur nach negativ auf die bestehende Gesellschaft bezogen. Ihr Schwerpunkt liegt nicht in der Entwicklung positiver Utopien einer neuen Gesellschaft. Da sie wie andere Wissenschaften arbeitsteilig vorzugehen hat, kann aus ihrer Perspektive kein Blick fürs Ganze gewonnen werden. Für Menschen, die unter der gesellschaftlichen Ungleichheit leiden, wäre schon viel erreicht, wenn Ihnen wissenschaftliche Argumente belegen würden, dass ihr Leiden nicht auf sie selbst zurückzuführen ist, sondern strukturelle Ursachen hat.

Eine gesellschaftskritische Ökonomie muss selbstreflexiv sein. Reflexivität zerstört eine ideologische Allianz von Interesselosigkeit und Expertenwelt. Allein um ihren Ruf der Wissenschaftlichkeit zu genügen, müsste Ökonomie reflexiv sein. Sie müsste sich selbst zum Gegenstand machen und die sozialen Determinanten, denen sie ausgesetzt ist, zu erforschen suchen. Die sozialen Determinanten, die bestimmte Forschungszweige mit finanziellen Mitteln fördern, die Machtmechanismen, die gesellschaftskritische Forschungen ausschließen, und die kurzlebigen wissenschaftlichen Moden wären auch ihr Thema.

Gesellschaftskritische Wirtschaftsexpertinnen rekurren in ihrer Arbeit auf andere Disziplinen, da die Ökonomie hinsichtlich ihrer Annahmen zum menschlichen Verhalten zu dürftig ist. Am Menschenbild der Ökonomen liegt es trotzdem nicht, dass ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen oft ein Mehr an Ungleichheit beinhalten. Eher ist dies darin begründet, dass sie sich an Eliten orientieren und sich nicht darum kümmern, dass soziale Ungleichheit das Gemeinwesen zerfrisst. Nicht ein falsches Menschenbild, sondern die vernachlässigte Analyse von Macht in der Gesellschaft stellt das gesellschaftspolitische Defizit der Ökonomie dar. Nicht, dass der Mensch ohnehin lieb und gegen soziale Ungleichheit sei, ist bereits ein fortschrittlicher Befund, sondern die nüchterne Analyse der Gründe der fortbestehenden sozialen Ungleichheit.

### Für eine gesellschaftstheoretische Fundierung

Eine Alternative wäre, ökonomische Ungleichheitsarbeiten in einem gesellschaftstheoretischen Konzept der Ungleichheit zu verorten. Die Ungleichheitstheorie begann bei Karl Marx als Kapitalismustheorie, soziale Ungleichheit war dabei vor allem wirtschaftliche Ungleichheit. Für Pierre Bourdieu zieht sich die soziale Ungleichheitslogik durch alle Verästelungen unterschiedlicher Lebensstile. Ihre klassenspezifischen Spuren finden sich im ästhetischen Geschmack, in den Vorlieben für bestimmte Musik und bestimmte Bilder. Überall finden sich Prägnanzen durch soziale Lagen.

Eine verstehende Methode der Sozialwissenschaften versucht zu eruieren, warum sich Menschen so verhalten, wie sie sich verhalten.

Die Anweisung Spinozas war, „nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen“. In seinem Werk „Das Elend der Welt“ hielt Bourdieu daher auch fest: nicht mitleidsvolle Anteilnahme, sondern verstehender Nachvollzug ist von Nöten. Hierfür benötigen sozialwissenschaftliche ForscherInnen aber selbstreflexive Distanz und dürfen ihre Menschenbilder nicht mit denen der untersuchten Menschen verwechseln.

In seinem Werk „*The Intellectuals and Socialism*“ von 1949 betonte Hayek, dass die zentrale Lektion, welche wahre Liberale von den Erfolgen der Sozialisten lernen müssen, deren Mut sei, Utopien zu haben. Für SozialistInnen galt aber in der Utopie stets ein Bilderverbot. Was ein, nicht vom Kapitalismus deformierter Mensch erst sein könnte, muss in den Sozialwissenschaften offen bleiben.

#### Literatur

Ackermann, Josef (2008) *Wir sind doch keine Unmenschen*, in: *Der Spiegel* Nr. 10/2008

Bourdieu, Pierre (1998) *Das Elend der Welt*. Konstanz

Hayek, Friedrich A. (1960) (reprinted from 1949) *The Intellectuals and Socialism*, in: de Huszar, G.B. (Hrsg.) *The Intellectuals* Glencoe, Illinois, S. 371-384

Hayek, Friedrich A. (1996) (Interview von 1981) *Ungleichheit ist nötig*, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 3, 11.01.1996

Jenkins, Stephen P./Micklewright, John (2007) *New Directions in the Analysis of Inequality and Poverty*. ECINEQ WP 2007-71

Milanovic, Branko (2004) *Worlds Apart. Measuring International and Global Inequality*. Princeton University Press

Rawls, John (1971) *Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main

Rehberg, Karl S. (Hrsg.) (2006) *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede*. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Frankfurt am Main u.a.

Schürz, Martin (2008) *Pierre Bourdieus Ungleichheitssoziologie und Amartya Sens Fähigkeitsansatz: Unterschiedliche Perspektiven auf gesellschaftliches Leid*, in: *Kurswechsel*, Nr. 1, S. 46-55

World Bank (2006) *Equity and Development World Development Report*. <http://web.worldbank.org>